

Tomaten mit Image

Niederländische Tomaten wachsen computergesteuert in der Fabrik. Politiker und Marketingexperten basteln an einer Verbesserung des Rufes der roten Früchte und der Nachhaltigkeit. **Seite 3**



Tanz der Entrechteten

In Jena organisierten Flüchtlinge ein dreitägiges Festival. Sie informierten über die neokolonialen Verhältnisse in ihren Herkunftsländern und den strukturellen Rassismus in Deutschland. **Seite 6**



Es geht um die Wurst

Verarbeitetes Fleisch macht krank, sagt eine Studie. Gepökelte, gesalzene, geräucherte oder konservierte Fleischerzeugnisse sollte mit Vorsicht genießen, wenn ein gesundes Herz lieb ist. **Seite 19**

Standpunkt

Umverteilung mit Vorsatz

Von Dieter Janke

Die Zeit, in der sich Kanzlerin Angela Merkel samt ihrer Ministerriege mit Blick auf die NRW-Wahlen politische Enthaltensamkeit verordnet hatte, ist unwiderruflich vorbei. Endlich kann sie mal mit ihrem liberalen Traumpartner durchregieren. Das Publikum wurde in den vergangenen Wochen mit markigen Sprüchen darauf vorbereitet. Man habe über die Verhältnisse gelebt, verkündete die Kanzlerin. Im Interesse der Nachgeborenen müsse deshalb nunmehr eisern gespart werden. Für jedermann nachvollziehbare Hausfrau-entugenden wurden zu finanzpolitischen Grundsätzen erklärt und dabei, semantisch nicht ungeschickt, das Negativimage von Schulden unterm Volk gepflegt. Die mit der Sparklausur nunmehr verordneten harten Brocken werden dann, so die schwarz-gelbe Hoffnung, schon geschluckt.

Die eindimensionale Sicht auf Kredite widerspricht jeder volkswirtschaftlichen Vernunft. Die Tugend »Sparen« verkommt so zum Selbstzweck. Und wird sie vorwiegend auf der Ausgabenseite der öffentlichen Kassen angewendet, kann man von einem verteilungspolitischen Vorsatz sprechen, der die mit Händen zu greifende soziale Schiefelage weiter verfestigt. Das Finanzroulette wird durch die Verschonung der großen Vermögen ebenso am Laufen gehalten wie das Siechtum der Binnenkonjunktur. Nachhaltiges Haushalten im Interesse zukünftiger Generationen sieht anders aus.

Unten links

Die Unterstützung für Christian Wulff nimmt rasant zu. Am Freitag hatte er im Netzwerk Facebook 456 Fans, Montagmorgen zählte er 253 Fans und nachmittags um 15:34 Uhr erreichte er magische 623. Die werden zwar nicht am 30. Juni in der Bundesversammlung sitzen, aber exakt so viele Stimmen bräuchte er dort, um zum Bundespräsidenten gewählt zu werden. Will er das wirklich? Eigentlich möchte er lieber Bundeskanzler sein. Und die Chance dazu hätte er mehr als je zuvor. Mit einem kleinen Coup und einer großen Geste: Da SPD und Grüne mit Joachim Gauck einen Kandidaten nominiert haben, der bis in die Reihen von FDP, Union und LINKE auf Zustimmung stößt, könnte Wulff mit hohen Schwüren auf ein »einig Vaterland« doch noch seinen Verzicht erklären. »Bild«, »Spiegel« und »taz« schrieben ihn in den Himmel, blamiert wäre nicht er, sondern die Bundeskanzlerin, die ihn auf den Schild hob – ihr Rücktritt wäre fast zwangsläufig, und der Niedersachse ihr geborener Nachfolger. *jrs*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Kraftakt zu Lasten der Schwächsten

Bundesregierung bürdet den Bürgern ein 80-Milliarden-Sparpaket auf

Schwarz-Gelb setzt den Rotstift an: Mit einem gigantischen Sparpaket soll Deutschland aus der Schuldenkrise kommen. Kanzlerin Merkel spricht von einem einmaligen Kraftakt. Die geplanten Sozialkürzungen lösen wütende Proteste aus.

Berlin (Agenturen/ND). Die Bundesregierung hat das größte Sparpaket in der bundesdeutschen Geschichte beschlossen. Bis 2014 sollen ungefähr 80 Milliarden Euro eingespart werden – deutlich mehr als erwartet. Die größten Einschnitte gibt es bei Sozialleistungen, aber auch die Wirtschaft muss sich auf Milliardenbelastungen einstellen.

»Es sind ernste Zeiten, es sind schwierige Zeiten«, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Montag in Berlin. Sie bezeichnete das Sparpaket als »einmaligen Kraftakt«. Von den drastischen Einschnitten ist der Sozialbereich besonders betroffen. Eine höhere Mehrwert- und Einkommensteuer schlossen Union und FDP aus.

Die Koalition will die Bundeswehr im großen Stil durch eine »groß angelegte Streitkräfteform« umstrukturieren. Bei den Sozialleistungen will die Regierung besonders kräftig sparen. Zuschläge für Arbeitslose werden gestrichen. Bei Hartz-IV-Betroffenen will der Staat die Beiträge zur Rentenversicherung einsparen. Dies soll etwa zwei Milliarden Euro im Jahr bringen. Das Elterngeld wird Hartz-IV-Betroffenen komplett gestrichen.

Auch beim Staat will die Bundesregierung sparen – bis einschließlich 2014 sollen beim Bund bis zu 15 000 Stellen dauerhaft abgebaut werden. Die Wirtschaft ist ebenfalls nicht gänzlich von den beschlossenen Maßnahmen ausgenommen. Die Atomkonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW etwa müssen künftig eine neue Brennelementesteuer von jährlich 2,3 Milliarden Euro zahlen. Damit soll ein Teil der Zusatzgewinne der Konzerne bei längeren Atomlaufzeiten abgeschöpft werden. Passagiere, die von einem deutschen Flughafen



Das Milliarden-Duell: Sparpaket gegen Schuldenuhr

Foto: dpa

starten, sollen eine Abgabe entrichten.

SPD, LINKE und Gewerkschaften kündigten Widerstand gegen die Sozialkürzungen an. »Jetzt werden die Arbeitnehmer, Rentner und Familien für die Zockerei der Banken zur Kasse gebeten«, sagte LINKE-Parteichef Klaus Ernst. »Dagegen wird es Riesenproteste geben.« Die Grünen kritisierten, die Handschrift der Koalition sei die Kürzung bei den Schwachen. Eine höhere Belastung der Vermögenden in Deutschland scheue Schwarz-Gelb wie der Teufel das Weihwasser, sagte Fraktions-Geschäftsführer Volker Beck.

Die Gewerkschaft ver.di warnte, eine Rotstift-Politik werde die soziale Schiefelage im Land verschärfen. »Die Bundesregierung belastet einseitig die Schwachen in der Gesellschaft, statt starke Schultern angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen«, sagte ver.di-Chef Frank Bsirske.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband sprach am Montag in Berlin von »absolut inakzeptablen Beschlüssen«. Der Sozialverband VdK Deutschland bezeichnete es als »völlig verfehlt, bei denjenigen Bevölkerungsgruppen den Rotstift anzusetzen, die bereits in Armut leben oder von Armut bedroht

sind«. Auch die Arbeiterwohlfahrt und die Diakonie gingen auf Distanz. Die »soziale Kälte dieser Sparpolitik ist ein gesellschaftlicher Sündenfall«, bemängelte die Arbeiterwohlfahrt (AWO). Das Sparpaket sei »völlig unausgewogen und inakzeptabel«, sagte AWO-Vorsitzender Wilhelm Schmidt. Auch er forderte, »die starken Schultern« angemessen zur Finanzierung des Sozialstaates heranzuziehen. Andernfalls sei der soziale Frieden im Land gefährdet.

Gespart wird zu guter Letzt auch beim Berliner Stadtschloss – mit dem Bau soll frühestens 2014 begonnen werden. *Seiten 2 und 11*

Verheerender Angriff mit Streumunition

Amnesty verlangt von USA Aufklärung über Tötung von mehr als 50 Menschen in Jemen

Von Karin Leukefeld

Amnesty International will von den USA wissen, ob ihre Armee im Dezember eine Rakete mit Streubomben auf ein Lager in Jemen abgefeuert hat. Bei dem Angriff in der Provinz Abyan sollen mindestens 50 Menschen getötet worden sein.

Der Angriff in dem Ort Al-Ma'jalah (Provinz Abyan) hatte nach offiziellen Angaben einem Ausbildungslager der Qaida gegolten und 34 Terroristen getötet. Man sei einer Serie von Selbstmordanschlägen gegen Einrichtungen im In- und Ausland zuvorgekommen, hieß es aus dem jemenitischen Innenministerium. Augenzeugen berichteten allerdings schon kurz nach dem Angriff von vielen getöteten Zivilisten und zerstörten Häusern.

Nach Angaben von Amnesty International wurden bei dem Angriff am 17. Dezember 41 Zivilisten getötet, darunter 14 Frauen und 21 Kinder. Bei 14 weiteren Toten

konnte nicht ermittelt werden, ob sie Zivilisten oder Kämpfer gewesen seien. Am Montag veröffentlichte Amnesty in London Bilder von einer eingeschlagenen US-Rakete und einer nicht explodierten Splitterbombe, die kurz nach dem Angriff aufgenommen wurden. Zu sehen sind gut identifizierbare Reste einer Rakete vom Typ BGM-109 Tomahawk (Cruise Missile) sowie eine Streubombe des Typs BLU 97 A/B.

Die Cruise Missiles werden normalerweise von Kriegsschiffen oder U-Booten abgeschossen, solche Möglichkeiten hätten in der Region nur die US-Streitkräfte, so Amnesty. Die Rakete kann 166 Streubomben transportieren, von denen jede mehr als 200 Stahlsplitter enthält, die im Umkreis von 150 Metern zu schwersten Verletzungen führen. Eine ebenfalls in den Bomben vorhandene brennbare Flüssigkeit löst bei Explosion schwere Brände aus.

Kurz nach dem Angriff hatte die

»New York Times« berichtet, das US-Militär habe Jemens Armee mit Aufklärungsbildern und »Feuerkraft« unterstützt, um gegen angebliche Qaida-Lager vorzugehen.

Ein Untersuchungsausschuss des jemenitischen Parlaments hatte im Februar der offiziellen Regierungsdarstellung widersprochen. Bei Ankunft in Al-Ma'jalah »fanden wir alle Häuser mitsamt ihrem Inhalt verbrannt, nur einige Überreste von Möbeln« seien noch zu sehen gewesen, heißt es in dem Bericht. Man habe Blutspuren der Opfer gefunden und Krater, wo die Raketen eingeschlagen wären. Außerdem habe man »eine Anzahl nicht explodierter Bomben« gefunden. Ein Überlebender des morgendlichen Angriffs habe den Parlamentariern berichtet, seine ganze Familie sei im Schlaf getötet worden, keiner von ihnen habe etwas verbrochen.

Die Provinzbehörde von Abyan erklärte damals, unter den Toten seien auch 14 Qaida-Mitglieder,

konnte allerdings bis auf eine Person niemanden identifizieren. Bei dieser Person handelte es sich um einen früheren Afghanistankämpfer saudischer Herkunft, der seit 2003 in Jemen lebte. Der Parlamentsausschuss hatte von der Regierung eine juristische Untersuchung gefordert, um die Verantwortlichen für die Ermordung von Zivilisten zu fassen. Bisher ohne Erfolg.

»Ein Militärschlag dieser Art gegen mutmaßliche Kämpfer ohne einen Versuch ihrer Festnahme ist mindestens gesetzeswidrig«, sagte Philip Luther von der Nahostabteilung bei Amnesty International. Dass so viele Opfer Frauen und Kinder waren, mache klar, »dass der Angriff tatsächlich extrem unverantwortlich war«. 98 Staaten haben das Internationale Abkommen zur Ächtung von Streubomben 2008 unterzeichnet, das zu August in Kraft treten soll. Weder die USA noch Jemen gehören zu den Unterzeichnerstaaten.

CSU und FDP streiten, was das Zeug hält

Eskalierender Konflikt um Gesundheitspolitik

Berlin/München (dpa/ND). Zwischen FDP und CSU fliegen im Gesundheitsstreit die Fetzen. In fast beispielloser Weise attackieren sich die Koalitionspartner im Bund wegen der von Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) geplanten, von der CSU aber abgelehnten Kopfpauschale für Kassenversicherte. »Die CSU ist als Wildsau aufgetreten, sie hat sich nur destruktiv gezeigt«, sagte der Gesundheits-Staatssekretär Daniel Bahr (FDP) der »Passauer Neuen Presse«. FDP-Generalsekretär Christian Lindner hatte zuvor CDU-Chef Horst Seehofer angegriffen, dem er in der Gesundheitspolitik ein »Trauma« bescheinigte. »Und jetzt müssen 70 Millionen gesetzlich Versicherte seine Traumatherapie machen.«

Die CSU keilte auf gleicher Ebene zurück. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt konterte am Montag: »Bei der FDP sind zwei Sicherungen durchgeknallt, und die heißen Bahr und Lindner«, erklärte Dobrindt. »Die entwickeln sich zur gesundheitspolitischen Gurkentruppe: erst schlecht spielen und dann auch noch rummaulen.«

Der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn (CDU), appellierte an die Kontrahenten, ihre Scharmützel zu beenden. Beide verhielten sich »wie kleine Kinder. Und langsam fangen sie mit ihrem Geschrei an, zu nerven.« *Kommentar Seite 4*

Kurz

Treffen abgesagt

Berlin (AFP). Das Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy am Montag ist einvernehmlich abgesagt worden. Beide hatten den EU-Gipfel am 17. Juni vorbereiten wollen. Grund sei die Haushaltsklausur.

»Parada Gay«

São Paulo (dpa). Mehr als drei Millionen Lesben, Schwule und Transvestiten haben in der brasilianischen Metropole São Paulo gegen die Diskriminierung von Homosexuellen protestiert. Die 14. »Parada Gay« führte am Sonntag (Ortszeit) über die Banken- und Geschäftsmeile Avenida Paulista.

Bleivergiftung

Lagos (dpa). Mindestens 300 Menschen sind nach Medienberichten in Nordnigeria an einer Bleivergiftung gestorben. Die meisten der Opfer sind Frauen und Kinder, die illegal nach Gold geschürft hatten, ohne zu wissen, dass der Boden auch hohe Mengen Blei enthielt.

Brücke eingestürzt

Banda Aceh (AFP). Beim Einsturz einer Hängebrücke über einem Fluss in Indonesien sind zwölf Kinder um Leben gekommen. Die Kinder hatten von der Brücke aus eine traditionelle Zeremonie zur Vertreibung von Unheil beobachtet.

